

Protokoll:

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer erläutert, dass die gestiegene Zahl der Asylbegehrenden es erforderlich mache, eine Koordinierungsstelle einzurichten, die sich zentral mit Angelegenheiten, wie z.B. der Organisation von Sprachkursen und der Vermittlung von Wohnraum befasse.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig sagt, dass hierzu bereits eine Leitstelle beim Ordnungsamt eingerichtet worden sei. Dort würde auch verstärkt die Ehrenamtskoordination wahrgenommen. Die Stelle sei z.B. Ansprechpartner für Ehrenamtliche, Vereine und Freie Träger. Mit dem vorhandenen Personal seien weitere Maßnahmen nicht realisierbar. Im Vorgriff auf den Stellenplan befürworte er aber die Einrichtung einer solchen Stelle. Zudem sei bereits eine neue verwaltungsinterne Koordinierungsstelle organisationsübergreifend unter der Leitung des Büroleiters Metten-Golly eingerichtet worden. Die Verwaltung arbeite derzeit auch an einem Konzept für die Einrichtung eines Amtes für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Flüchtlings- und Integrationswesen (ST/0051/2015).

Rm Contento (CDU) fragt, ob es sich bei der Stelle der Frau Morales in der Koordinationsstelle um eine Vollzeitstelle handelt. Weiter fragt er, wie es um die Nachbesetzung der Geschäftsstelle des Beirates für Migration und Integration bestellt sei. Diese sei bereits längere Zeit vakant und wäre früher mit 30 Wochenstunden voll ausgelastet gewesen. Er halte eine eigene Koordinationsstelle für Flüchtlinge für wichtig, für die zusätzliches Personal erforderlich wäre. Herr Metten-Golly könne das aufgrund des großen Aufwandes nicht nebenher leisten.

Herr Flöck (10) sagt, die Einrichtung der Stelle sei vom Stadtrat beschlossen worden und derzeit mit Frau Morales besetzt. Es handele sich um eine Vollzeitstelle, die derzeit in Teilzeit besetzt wäre. Auch im Sozialamt wären mehrere zusätzliche Stellen eingerichtet worden. Für die Ausländerbehörde gelte das gleiche. Ein Amt für Integration sei seiner Kenntnis nach noch nirgendwo in Rheinland-Pfalz eingerichtet worden, weshalb zunächst ein Konzept erarbeitet werden müsse. Dies sei möglichst mit vorhandenen Personalressourcen zu realisieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig sagt, der Fokus habe zuletzt auf Unterbringung der Flüchtlinge gelegen. Die Inhalte des CDU-Antrages seien der nächste Schritt., um den sich die Stadt Koblenz zu kümmern habe. Die Verwaltung empfehle daher, dem Antrag zuzustimmen.